

Stellungnahme zur „Berliner Erklärung“

04.04.2007

SOLWODI – Deutschland e.V. begrüßt die „Berliner Erklärung“ anlässlich des Geburtstages der Unterzeichnung der Römischen Verträge.

Es ist eine gelungene Formulierung dessen, was bisher auf europäischer Ebene erreicht wurde. Die Einheit Deutschlands und die Freiheit Osteuropas wird als „glückliches geschichtliches Ereignis“ genannt, bei dem unser Nachbar, das polnische Volk, in seinem Widerstand einen erheblichen Anteil leistete.

Die formulierten Ziele, wie die Unantastbarkeit der menschlichen Würde, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Frieden und Freiheit in demokratischer Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU mit Interessenausgleich sind die politischen Eckdaten eines europäischen Selbstverständnisses.

Jedoch sollen in aller Gemeinsamkeit die Eigenständigkeit und vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder ihre Berechtigung behalten. Die offenen Grenzen, die Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen werden als Europas Reichtum gewertet. Zu der Berliner Erklärung Abschn. I. 4 sollte aber angemerkt werden, dass wenn es um Information und Zusammenarbeit mit EU-Behörden geht, die deutsche Sprache keineswegs als Medium gewertet wird, obwohl die Anzahl der deutschsprachigen EU-Bürger in Europa überwiegen dürfte.

In der Erklärung werden die großen Herausforderungen Europas unter dem Blickwinkel der Globalisierung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche betrachtet und beurteilt. Die Stärkung des europäischen Marktes wird damit als eine unausweichliche Verflechtung mit dem globalen Markt gesehen (Abschnitt II, 2). Wer sich mit der Globalisierung beschäftigt, weiß, dass damit der Abbau von Zöllen und Einfuhrschränken einhergeht. Im nächsten Abschnitt heißt es dann, dass Die EU gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Einwanderung kämpfen will. Dabei wird vergessen, dass Armut und politische Ohnmacht in Krisengebieten, der Anlass sind, dass Menschen versuchen, in die gesicherten Rechtsräume der EU zu gelangen, wo sie wenigstens ein bescheidenes Auskommen haben. Wenn das organisierte Verbrechen sich dieser Volksgruppen bedient, so ist doch der Wunsch der Menschen nach einem menschwürdigen Leben kein Verbrechen, sondern als Notruf zu verstehen. Illegale Einwanderung wird jedoch in einem Atemzug mit Terror und dem organisierten Verbrechen genannt. Hier wäre deutlich zu machen, dass die Wanderungsbewegungen das Ergebnis von vielen politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen sind, an denen die europäischen Staaten keineswegs unbeteiligt sind.

Dass es der EU bei der Bekämpfung von Terror und Kriminalität ernst ist, dürfte von allen begrüßt werden, die Zusammenarbeit in Europa sieht jedoch in der Praxis vielfach anders aus. Wenn es um das Verbrechen „Menschenhandel“ geht, muss man bedauerlicher Weise sagen, dass es offensichtlich nicht genug Kräfte - bei der

Stellungnahme zur „Berliner Erklärung“

04.04.2007

Polizei - zur Verfolgung des Delikts gibt und es deshalb selten zur Aufdeckung des Verbrechens kommt, falls es aber einmal zur Verurteilung der Täter kommt, werden erstaunlich milde Strafen verhängt, die oberen Strafmaßgrenzen längst nicht ausgeschöpft. Und dies, obwohl es in diesem Delikt, wie in kaum einem anderen, zu größten Verletzungen der Menschenwürde kommt. (Vgl. Abschn. II, 3 der Berliner Erklärung). Hier fordern wir durchaus konkretere Schritte in der Bekämpfung des Menschenhandels.

Europa wird sich in seinem Zusammenschluss in Zukunft stärker auch um die Lebensgrundlagen der „armen Regionen in der Welt“ kümmern müssen, sonst ist der Wille zur Achtung der Menschenwürde ein „europäischer Egoismus“. Die Rolle im Interessenkonflikt um die Ressourcen der Zukunft, verpflichtet zu gesamtpolitischer Verantwortung (vgl. Abschn. II, 4).

Beim Klimaschutz sollte stärker auf neue Technik gesetzt werden, welche die Emissionen drastisch verringern. Hier war das Einknicken in den letzten Wochen gegenüber der Autoindustrie mehr als bedauerlich.

Trotzdem begrüßen wir sehr, dass die europäischen Mitglieder deutlich ihren Willen zur Menschenwürde, Demokratie und Zukunft der Menschheit geäußert hat. Wir hoffen jetzt, dass dieser Erklärung ein Erfolg in dem Sinne beschieden ist, dass es zur die Zusammenarbeit zwischen den Staaten vorangetrieben wird.